

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Kapitel 1: Einleitung	23
A. Hintergrund der Untersuchung	24
B. Gang der Untersuchung und Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	29
C. Begriff des Geschäftsherrn	31
I. Anknüpfungspunkte im Gesetz	31
1. Zivilrechtliches Begriffsverständnis	31
2. Verständnis des OWiG-Gesetzgebers	33
II. Begriffsverständnis des Geschäftsherrn in der strafrechtlichen Literatur	35
1. Der Betriebsinhaber als Geschäftsherr	35
a) Betrieb und Unternehmen	36
b) Betriebsinhaber	37
2. Weiteres Begriffsverständnis	39
3. Das Unternehmen als Geschäftsherr	42
4. Zwischenergebnis	43
III. Begriffsverständnis des Geschäftsherrn in der Rechtsprechung	43
IV. Stellungnahme zum Begriff des Geschäftsherrn	46
D. Anerkennung einer allgemeinen strafrechtlichen Geschäftsherrenhaftung in der Rechtsprechung	49
I. Rechtsprechung des Reichsgerichts	49
II. Rechtsprechung in der Bundesrepublik vor 2009	52
1. Unfallflucht-Entscheidung	52
2. Heizanlagen-Briefmarken-Entscheidung	54
3. Frachtunternehmer-Entscheidung	56
III. Höchstrichterliche Rechtsprechung seit 2009	57
1. BSR-Entscheidung	58
2. Mobbing-Entscheidung	60
3. Scheinrechnungen-Entscheidung	63

4. Späti-Entscheidung	65
IV. Jüngste Entwicklungen in der Rechtsprechung zur Geschäftsherrenhaftung	67
V. Zusammenfassung der Thesen der bisherigen Rechtsprechung	70
E. Stellungnahme zur Entwicklung der Rechtsprechung	72
 Kapitel 2: Dogmatische Legitimation der strafrechtlichen Geschäftsherrenhaftung	 75
A. Begründungsansätze für eine strafrechtliche Geschäftsherrenhaftung außerhalb der unechten Unterlassungsdelikte	75
I. Spezialgesetzliche Fälle einer Geschäftsherrenhaftung	75
II. Verhältnis zum Ordnungswidrigkeitenrecht	78
1. Anknüpfungspunkte in § 30 OWiG	79
2. Anknüpfungspunkte in § 130 OWiG	80
a) Parallelen zum Gedanken der Geschäftsherrenhaftung	81
b) Verhältnis zwischen Aufsichtspflichtverletzung und Verantwortlichkeit des Geschäftsherrn	82
aa) Kein abschließender Charakter des § 130 OWiG	83
bb) Keine dogmatische Ableitung der Geschäftsherrenhaftung aus § 130 OWiG	86
III. Verhältnis zwischen Geschäftsherrenhaftung und mittelbarer Täterschaft kraft Organisationsherrschaft	88
IV. Zwischenergebnis	90
B. Die Geschäftsherrenhaftung als Garantenstellung im Sinne des § 13 StGB	91
I. Einführung in die Regelung des § 13 StGB	92
II. Überblick über die besonderen Voraussetzungen des unechten Unterlassungsdelikts	92
III. Das Erfordernis einer Garantenstellung	95
1. Verfassungsrechtliche Bedenken	96
2. Entstehen einer Garantenstellung	98
a) Die formelle Rechtsquellenlehre	101
b) Die Funktionenlehre	102

c) Die materiellen Ansätze	105
aa) Herrschaftslehre	106
bb) Gefahrschaffung	108
cc) Vertrauenselement	109
d) Die multifaktorielle Vorgehensweise	110
IV. Die Garantenstellung zur Verhinderung betriebsbezogener Straftaten im Betrieb und Unternehmen	114
1. Schutzrichtung der Garantenstellung zur Verhinderung betriebsbezogener Straftaten	115
2. Materieller Entstehungsgrund der Garantenstellung zur Verhinderung betriebsbezogener Straftaten	120
a) Ingerenzgarantenstellung zur Verhinderung betriebsbezogener Straftaten	121
aa) Materielle Grundlage der Ingerenzgarantenstellung	121
bb) Ingerenzgarantenstellung des Geschäftsherrn	122
b) Aufsichtsgarantenstellung zur Verhinderung betriebsbezogener Straftaten	124
aa) Materielle Grundlage der Aufsichtsgarantenstellung	125
(1) Bestehen eines besonderen Autoritätsverhältnisses	125
(2) Weitere Voraussetzungen zur Begründung einer Aufsichtsgarantenstellung	126
bb) Aufsichtsgarantenstellung des Geschäftsherrn	128
(1) Bestehen eines besonderen Autoritätsverhältnisses	129
(i) Meinungsstand	129
(ii) Stellungnahme	132
(2) Weitere Voraussetzungen zur Begründung einer Aufsichtsgarantenstellung	134
(i) Meinungsstand	135
(ii) Stellungnahme	136
cc) Zwischenergebnis	138
c) Sicherungsgarantenstellung des Geschäftsherrn	138
aa) Materielle Grundlage der Sicherungsgarantenstellung	139

bb) Übertragbarkeit auf Personalgefahren	142
(1) Herrschaft über die Gesamtgefahrenquelle des Betriebs	142
(i) Abgrenzbarkeit von Personal- und Sachgefahren	144
(ii) Rechtliche Gleichbehandlung von Sach- und Personalgefahren	145
(iii) Theorie der verlängerten Sachgefahr (im weiteren Sinne)	149
(2) Keine Beschränkung auf besonders gefährliche Betriebe	151
(3) Anforderungen an die Herrschaft über die betriebliche Gefahrenquelle	153
(4) Vertrauenstatbestand	155
d) Zwischenergebnis	156
3. Beschützergarantenstellung des Geschäftsherrn	156
V. Zusammenfassung	158
C. Die Rechtslage zur Geschäftsherrenhaftung im US-amerikanischen Recht	159
I. Methodik der rechtsvergleichenden Darstellung	159
II. Einführung in das US-amerikanische Strafrecht	162
III. Geschäftsherrenhaftung im Einzelunternehmen nach US-amerikanischen Recht	164
1. Überblick über die <i>Corporate Criminal Liability</i> des Unternehmens	164
2. Verantwortlichkeit einzelner natürlicher Personen im Unternehmen	168
a) <i>Accomplice theory</i>	170
b) Verantwortlichkeit für Straftaten nachgeordneter Mitarbeiter	172
aa) Entwicklung des <i>Respondeat superior</i> -Grundsatzes	172
bb) Die <i>Responsible Corporate Officer</i> -Doktrin	174
(1) Objektive Voraussetzungen zur Anwendung der RCO-Doktrin	176
(2) Subjektive Voraussetzungen	179
(3) Adressat der Verantwortlichkeit (<i>Responsible Corporate Officer</i>)	182

(4) RCO-Doktrin als Teil der Unterlassensstrafbarkeit	184
(i) Überblick über die Möglichkeit einer Unterlassensstrafbarkeit im US- amerikanischen Strafrecht	184
(ii) Ansatz von <i>Aagaard</i>	187
c) Zwischenergebnis	188
IV. Bewertung des Rechtsvergleichs	189
D. Ergebnis zur Herleitung der Garantenstellung zur Verhinderung betriebsbezogener Straftaten im Einzelunternehmen	192
Kapitel 3: Bezugspunkt und Inhalt der Garantenpflicht	195
A. Notwendigkeit einschränkender Kriterien	195
B. Beschränkung auf die Verhinderung betriebsbezogener Straftaten	197
I. Herleitung der Betriebsbezogenheit	200
II. Begriffsverständnis im Ordnungswidrigkeitenrecht	202
1. Betriebsbezogenheit im Rahmen des § 30 OWiG	203
2. Betriebsbezogenheit im Rahmen des § 130 OWiG	205
III. Meinungsspektrum zur Betriebsbezogenheit im Kontext der unechten Unterlassungsdelikte	207
1. An den handelnden Betriebsangehörigen anknüpfende Ansätze	209
a) Anknüpfen an die Tatmotivation des Begehungstäters	209
b) Innerer Zusammenhang mit der Tätigkeit des unmittelbar Handelnden	212
c) Ausnutzen der erweiterten Wirkungsmöglichkeiten des Mitarbeiters im Betrieb	215
2. An den Betrieb anknüpfende Ansätze	217
a) Innerer Zusammenhang mit Aufgaben und Zweck des Betriebs	218
aa) Art des Betriebs	218
bb) Teil der Firmenpolitik	221
cc) Zwischenergebnis	223
b) Reichweite des betrieblichen Weisungsrechts	223

c) Innerer Zusammenhang mit dem Betrieb unter Einbeziehung der Betriebsabläufe aus der Sicht eines Dritten	225
d) Wesentliche Begünstigung der Tat durch den Betrieb bzw. existentielle Angewiesenheit auf das betriebliche Umfeld	226
3. Kombinationslösungen	228
4. Zwischenergebnis	230
IV. Anhaltspunkte zur Betriebsbezogenheit im US-amerikanischen Recht	231
1. Handeln <i>within the scope of employment</i>	231
2. Handeln zum <i>benefit of the corporation</i>	234
3. Schlussfolgerung für die deutsche Rechtsanwendung	235
V. Eigener Ansatz zur Bestimmung der betriebsbezogenen Tat	236
1. Rekurrieren auf den materiellen Entstehungsgrund der Garantenstellung	237
2. Notwendige Voraussetzung: Verwendung der betrieblichen Infrastruktur	238
3. Fallgruppen	239
a) Fallgruppe 1: Wirtschaftlicher Vorteil	240
b) Fallgruppe 2: „Systemdelikte“	243
VI. Ergebnis zur Betriebsbezogenheit	246
C. Weitere sachliche Einschränkungskriterien	248
D. Geschützter Personenkreis	250
I. Straftaten zulasten des Unternehmens	250
II. Straftaten zulasten Unternehmensangehöriger	251
III. Zwischenergebnis	253
E. Inhalt der Garantenpflicht	253
Kapitel 4: Adressat der Garantenstellung	259
A. Inhaber der originären Garantenstellung	259
I. Methodik zur Bestimmung des Inhabers der originären Garantenstellung	260

II. Anwendungsbereich der unternehmensbezogenen Betrachtungsweise	264
1. Garantenfähigkeit einer juristischen Person als Unternehmensträgerin	265
2. Besonderheiten der Garantenstellung zur Verhinderung betriebsbezogener Straftaten	268
3. Zwischenergebnis	269
III. Wahrnehmung der Unternehmensträgerpflichten durch natürliche Personen	270
1. Garantenstellung der Organwalter	270
a) Originäre Garantenstellung der Organwalter	270
b) Einrücken in die Garantenstellung des Unternehmensträgers	272
2. Garantenstellung sonstiger natürlicher Personen	276
IV. Ergebnis	278
B. Delegation der Pflichtenstellung	278
I. Voraussetzungen der Pflichtendelegation	280
II. Kreis der Delegaten	282
III. Rechtsfolgen der Pflichtendelegation	288
IV. Besonderheiten im Zusammenhang mit bestimmten Beauftragten	291
1. Betriebsbeauftragte	291
2. Compliance Officer	293
a) Entstehen einer Garantenstellung des Compliance Officer	295
b) Umfang der Garantenpflicht des Compliance Officer	298
3. Weitere Beauftragte	299
V. Ergebnis	300
Kapitel 5: Die strafrechtliche Geschäftsherrenhaftung im Konzern	301
A. Überblick über das deutsche Konzernrecht	303
I. Unternehmensbegriff der §§ 15 ff. AktG	304
II. Abhängigkeit im Sinne des § 17 AktG	306
III. Der Konzern nach § 18 AktG	307
1. Zusammenfassung unter einheitlicher Leitung	308

2. Erscheinungsformen des Konzerns im Sinne des § 18 Abs. 1 AktG	308
IV. Auswirkungen der Konzernierung auf die Pflichten der Konzernobergesellschaft	312
1. Keine Konzernleitungspflicht der Konzernobergesellschaft	312
2. Kontroll- und Überwachungspflichten der Konzernobergesellschaft	315
V. Haftungsrechtliche Besonderheiten	318
VI. Überblick über die strafrechtlichen Verantwortlichkeiten im Konzern	318
1. Aktive Tatbegehung bzw. -beteiligung durch Leitungsorgane der Konzernobergesellschaft	319
2. Tatbegehung durch Unterlassen der Leitungsorgane der Konzernobergesellschaft	322
B. Entstehen einer Garantenstellung zur Verhinderung betriebsbezogener Straftaten im Konzern	324
I. Meinungsstand in der Literatur zur Einbeziehung von Konzernsachverhalten	325
1. Eine Geschäftsherrenhaftung im Konzern befürwortende Ansichten	326
2. Kritische Stimmen zu einer Geschäftsherrenhaftung im Konzern	327
3. Stellungnahme zum bisherigen Meinungsstand	329
II. Anerkennung einer konzernweiten Aufsichtspflicht nach § 130 OWiG	331
1. Überblick über die Regelung des § 130 OWiG	332
2. Anwendbarkeit des § 130 OWiG im Konzern	334
a) Anerkennungstendenz in der Sanktionspraxis	335
b) Dogmatische Anknüpfungspunkte für eine konzerndimensionale Aufsichtspflicht	338
aa) Konzernobergesellschaft als „Inhaberin“ der Tochtergesellschaft	340
bb) Konzernobergesellschaft als Inhaberin des „Konzernunternehmens“	342
(1) Konzern als Unternehmen	343
(i) EU-kartellrechtliches Begriffsverständnis	345

(ii) Begriffsverständnis im Rahmen des § 130 OWiG	349
(2) Konzernobergesellschaft als Inhaberin	352
(i) Streng rechtsformale Betrachtung	353
(ii) Faktische Betrachtungsweise	355
(iii) Organisationsbasierte Betrachtungsweise	357
(iv) Stellungnahme	360
3. Zusammenfassung zur konzernweiten Anwendbarkeit des § 130 OWiG	365
III. Übertragbarkeit der Erwägungen zu § 130 OWiG auf das Strafrecht	367
1. Unternehmen als Bezugspunkt der Garantenstellung	369
2. Konzernobergesellschaft als Inhaberin	371
3. Verhältnis zu § 130 OWiG	376
4. Abgrenzung zur aktiven Tatbeteiligung	377
5. Zwischenergebnis	378
IV. Strafrechtliche Verantwortlichkeit im Konzern nach US- amerikanischem Recht	378
1. Überblick über das US-amerikanische Konzernrecht	379
a) Der Weg vom <i>entity law</i> zum <i>enterprise law</i>	379
b) Anerkennung der traditionellen Durchgriffshaftung	380
c) Durchgriffshaftung auf Basis von Wirtschafts- und Willensbildungsstruktur im Unternehmensverbund	381
d) Ausprägungen des <i>enterprise law</i> in einzelnen Rechtsbereichen	383
e) Zusammenfassung	384
2. Gesellschaftsübergreifende strafrechtliche Verantwortlichkeit der Muttergesellschaft	385
a) Verantwortlichkeit eines Mehrheitsgesellschafters für Handlungen der kontrollierten Gesellschaft	386
b) Strafrechtliche Verantwortlichkeit der Muttergesellschaft für Zuwiderhandlungen der Tochtergesellschaft	390
aa) Mangelnde Aufsicht und Überwachung der Muttergesellschaft	391

Inhaltsverzeichnis

bb) Zurechnung nach der <i>agency theory</i>	393
cc) Anwendung der <i>mere instrumentality theory</i>	395
dd) Anwendung des <i>enterprise law</i> im Strafrecht	396
c) Zwischenergebnis	399
3. Strafrechtliche Verantwortlichkeit einzelner Verantwortlicher der Muttergesellschaft	399
4. Zusammenfassung der US-Rechtslage	401
5. Anhaltspunkte für die deutsche Rechtsanwendung	402
V. Ergebnis zur Entstehung der Garantenstellung im Konzern unter Berücksichtigung des Rechtsvergleichs	404
C. Bezugspunkt der Garantenpflicht	406
I. Betriebsbezogenheit	406
II. Gefahrschaffung auf Ebene der Konzernobergesellschaft	408
III. Zwischenergebnis	409
D. Inhalt der Garantenpflicht	410
E. Adressat der Garantenstellung	412
F. Zusammenfassung	414
Kapitel 6: Überblick über die Besonderheiten bei Kausalität, Vorsatz, Täterschaft und Teilnahme	417
A. Kausalität	417
B. Subjektiver Tatbestand	421
C. Täterschaft und Teilnahme	427
Kapitel 7: Schlussbetrachtung	433
A. Zusammenfassung der wesentlichen Untersuchungsergebnisse	433
B. Bewertung der Eingangsthesen	438
I. Entstehungsgrund der Garantenstellung	439
II. Reichweite der Garantenstellung im Einzelunternehmen	440
III. Adressat der Garantenstellung	441
C. Ausblick	443
Literaturverzeichnis	445